

3

Einfluss der japanischen Innenpolitik auf die Außen- und Sicherheitspolitik: Aus dem Blickwinkel eines „anpassungsfreudigen Staates“

Hiroyuki AKITA

Einleitung: Japan, der „anpassungsfreudige Staat“

Es existieren zwei völlig gegenteilige Ansätze, um das Verhältnis zwischen der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik Japans zu analysieren. Einer besteht darin, sich auf die jeweiligen politischen Führungspersönlichkeiten und ihre Kabinette zu konzentrieren und zu verfolgen, welche politischen Überzeugungen und Maßnahmen jedes von ihnen vertreten und ergriffen hat. Diese Methode ließe sich als „deduktiv“ beschreiben, während die im Folgenden beschriebene Methode vielmehr „induktiver“ Natur ist, da sie den Prozess der japanischen Außenpolitik in aufeinanderfolgender Weise erörtert. In diesem Zusammenhang klärt sie zunächst, welche Angelegenheiten Japan auf außen- und sicherheitspolitischer Ebene „erschüttert“ haben, und zeigt anschließend auf, wie die japanische Regierung und Öffentlichkeit darauf reagiert haben, welche Maßnahmen gefordert wurden und wie diese die Außen- und Sicherheitspolitik der jeweiligen Kabinette beeinflusst haben.

In diesem Beitrag habe ich mich für letzteren Ansatz entschieden. Der Grund dafür liegt darin, dass der japanische Staat im Voraus keine festen strategischen Sichtweisen entwirft, nach denen er seine Politik ausrichtet. Stattdessen handelt es sich vielmehr um einen „anpassungsfreudigen Staat“, der von außen kommende Erschütterungen aufnimmt und eine darauf abgestimmte Politik entwickelt und umsetzt.

Ein ehemaliger hochrangiger US-Regierungsbeamter, der viele Jahre lang für die Strategie des US-Militärs zuständig war, sagte einst Folgendes über Japan:

„Wenn ich mir die Geschichte Japans seit der Meiji-Ära ansehe, dann halte ich Japan für einen Staat, der seinen Kurs nach großen, von außen kommenden Erschütterungen richtet, anstatt eine klare Strategie zu verfolgen.“

Der Regierungsbeamte hatte Recht – und diese Eigenschaft Japans ist keinesfalls von Nachteil. Der größte Teil der Energie in Japan wird importiert und auch der Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln ist gering. Außerdem ist Japan ein Inselstaat, der von benachbarten, nicht freundlich gesinnten Nuklearmächten wie China, Russland und Nordkorea umgeben ist. Dies bedeutet, dass sich das Land geopolitisch gesehen an einem äußerst verwundbaren und unberechenbaren Standort befindet. Unter diesen Bedingungen ist es für Japan weder möglich noch wünschenswert, im Voraus eine klare langfristige Strategie festzulegen und diese zu verfolgen. Eine solch privilegierte Vorgehensweise ist nur sehr wenigen Supermächten wie den USA vorbehalten.

Im äußeren Umfeld Japans gibt es zu viele Variablen, die schwer vorherzusagen sind. Daher muss Japan anpassungsfähig bleiben, um jede mögliche Erschütterung flexibel auffangen, annehmen und sein wirtschaftliches Wohlergehen und

Gleichgewicht bewahren zu können. Die Eigenschaft eines „anpassungsfreudigen Staates“ lässt sich somit als strategische DNA Japans bezeichnen. Tatsächlich hat Japan seit dem 17. Jahrhundert auf Grundlage ebendieser DNA gehandelt – manchmal mit großem Erfolg, manchmal bis zum Rande des Untergangs. Das Edo-Shogunat, das Japan viele Jahre lang regierte, verfolgte zwischen 1639 und 1853 eine Politik der Isolation. Da die europäischen Großmächte ihre Kolonien auch in Asien ausbauten, beabsichtigte Japan mithilfe dieser Abgrenzung, seine Freiheit zu bewahren. Als Japan schließlich von den USA und anderen Ländern zu einer Öffnung des Landes gedrängt wurde, änderte es seinen Kurs um 180 Grad. Die Meiji-Regierung, die 1868 nach dem Sturz des Edo-Shogunats ins Leben gerufen wurde, verfolgte einen offenen Kurs, indem es in aller Eile die westliche Kultur übernahm und das Land auf diese Weise erfolgreich modernisierte.

Anschließend gründeten Japan und das Vereinigte Königreich die anglo-japanische Allianz (1905); zudem gewann Japan knapp den Japanisch-Russischen Krieg. Der Abschluss der anglo-japanischen Allianz war zudem eine Anpassungsstrategie, der russischen Expansion in den Süden zu begegnen und sie zu überstehen. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch den Zusammenbruch der Qing-Dynastie eine Machtlücke entstand, machte sich Japan auf den Weg, selbst eine imperiale Macht zu werden. Infolgedessen begann 1941 der Krieg gegen das Vereinigte Königreich

und die USA, der in einer verheerenden Niederlage endete. In den 1950er Jahren änderte Japan seinen Kurs erneut auf drastische Weise, indem es sich mit den USA, gegen die es im Zweiten Weltkrieg bis aufs Blut gekämpft hatte, versöhnte und zu einer Allianz zusammenschloss. Seitdem hat sich die japanisch-amerikanische Allianz gefestigt und besteht bis heute.

Die Isolation, die anschließende Öffnung und die Einführung der westlichen Zivilisation, die anglo-japanische Allianz, der Krieg gegen das Vereinigte Königreich und die USA (Zweiter Weltkrieg) sowie die japanisch-amerikanische Allianz – betrachtet man all diese Ereignisse, erscheint die Außenstrategie Japans völlig zusammenhangslos. In Wirklichkeit ist dies jedoch nicht der Fall. Japan passte sich stattdessen an die Veränderungen in seiner äußeren Umwelt an und verfolgte die Außen- und Sicherheitspolitik, die es zum jeweiligen Zeitpunkt für die beste hielt.

Unter der Annahme, dass Japan ein anpassungsfreudiger Staat ist, möchte ich in diesem Beitrag erörtern, wie die Öffentlichkeit und Innenpolitik Japans seine Außen- und Sicherheitspolitik beeinflusst haben. Im Einzelnen beleuchte ich dabei vier Fälle, die sich seit 2010 ereignet und erheblich auf Japan ausgewirkt haben.

Der erste Fall umfasst den Zeitraum zwischen Ende Februar 2022, als Russland in die Ukraine einfiel, bis heute. Der

zweite Fall dreht die Zeit bis ins Jahr 2010 zurück, als sich der Konflikt zwischen Japan und China im Zusammenhang mit den Senkaku-Inseln erheblich zusetzte. Der dritte Fall beschäftigt sich mit den Veränderungen zwischen 2012 und 2016. Denn im Jahr 2013 erklärte US-Präsident Obama in aller Öffentlichkeit, dass die USA nicht länger die Rolle der „Weltpolizei“ übernehmen würden, woraufhin China mit der Errichtung militärischer Stützpunkte im Südchinesischen Meer begann und der russische Präsident Putin die Annexion der ukrainischen Krim erzwang. Der vierte und letzte Fall beinhaltet den Zeitraum der Regierung unter Präsident Trump zwischen 2017 und 2021. Das Auftreten von Präsident Trump, welcher die Allianz zwischen Japan und den USA eher als Belastung denn als Vorteil für die USA betrachtete, bedeutete für Japan eine ernstzunehmende Gefahr.

24. Februar 2022: Der russische Überfall auf die Ukraine erschüttert die japanische Öffentlichkeit

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 erschütterte die Öffentlichkeit und Innenpolitik Japans enorm. Obwohl der Krieg im weit entfernten Europa ausgetragen wurde, war der Schock, den Japan davontrug, einer der größten seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Denn seitdem war es das erste Mal gewesen, dass eine Großmacht

im Besitz eines massiven Arsenals an Nuklearwaffen aus heiterem Himmel eine Großinvasion in ein Nachbarland startete.

Die Regierung unter Premierminister Fumio Kishida hat sich mit den sieben bedeutendsten Industriestaaten (G7) abgestimmt und verhängt bis zum heutigen Zeitpunkt konsekutiv strenge Wirtschaftssanktionen. So wurde das Guthaben der russischen Zentralbank und russischer Unternehmen eingefroren und die Ein- und Ausfuhr wichtiger Waren beschränkt. Eine noch größere Beschränkung bestand darin, dass Präsident Putin und Außenminister Lawrow auf die Sanktionsliste gesetzt wurden. Faktisch ist dies gleichbedeutend mit Japans Entscheidung, keine diplomatischen Beziehungen mit Russland zu pflegen, solange Präsident Putin an der Macht ist.

In der japanischen Öffentlichkeit wurden diese Maßnahmen sofort massiv befürwortet. In einer öffentlichen Meinungsumfrage der Nihon Keizai Shimbun (durchgeführt vom 22. bis 24. April 2022) lag die Zustimmung zu den während der Regierung unter Premierminister Kishida verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland bei fast 90 %, wonach 44 % der Befragten sie als angemessen beurteilten und 42 % der Meinung waren, dass sie sogar noch weiter verschärft werden sollten. Außerdem sprachen sich 90 % für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine aus. Dies ist ein unglaublich hoher Prozentsatz, wenn man

bedenkt, dass Japan äußerst vorsichtig bei der Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen ist. Ein hoher japanischer Regierungsbeamter sagte rückblickend, dass gerade diese überwältige Unterstützung der japanischen Öffentlichkeit der Regierung ermöglicht hat, mit enormer Geschwindigkeit ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Obwohl die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Japan aufgrund der steigenden Energiepreise immer weiter zunehmen, hat die Befürwortung der Sanktionen gegenüber Russland kaum nachgelassen.

Diese starke öffentliche Reaktion ist jedoch nicht nur auf Wut und Ablehnung gegenüber Russland zurückzuführen. Stattdessen liegt ein weiterer Grund in einem Dringlichkeitsgefühl gegenüber China. Dieses Gefühl beruht auf den Aussagen japanischer Sicherheitsbeamten, die besagen, dass auch China in Gebieten wie der Taiwanstraße aggressiver auftreten und härtere Maßnahmen ergreifen würde, wenn man Russlands ungeheuerliche Aktionen zuließe. Premierminister Kishida warnte mehrmals davor, dass die „Ukraine von heute das Ostasien von morgen“ sei. Dabei äußerte er seine Befürchtung, dass die russische Aggression auf China übergehen könne, was auch die japanischen Wähler zunehmend beunruhigte.

Diese öffentliche Meinung führt zu immer mehr Veränderungen in der japanischen Innenpolitik und hat einen erheblichen Einfluss auf die Außenpolitik. Zusammenfassend lässt sich sagen,

dass konservative Parteien, die sich für eine Stärkung der japanisch-amerikanischen Allianz und der japanischen Wehrkraft aussprechen, aufgrund der wachsenden Sorgen der Wähler um die Stabilität Japans immer größere Unterstützung erhalten.

Dieser Trend war bei den Oberhauswahlen am 10. Juli 2022 klar zu erkennen. Die regierende Liberaldemokratische Partei errang mit 63 Sitzen einen überwältigenden Sieg und sicherte sich die alleinige Mehrheit der zur Wahl stehenden Parlamentssitze. Sie gab daraufhin das Wahlversprechen ab, den Wehretat auf mindestens 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen und die Wehrkraft innerhalb der nächsten fünf Jahre radikal zu stärken. Um die Abschreckungskraft zusätzlich zu fördern, verkündete sie, die Selbstverteidigungsstreitkräfte mit einer „Fähigkeit zum Angriff feindlicher Stützpunkte“ auszustatten.

Im Zuge der Oberhauswahlen konnte nicht nur die Liberaldemokratische Partei, sondern auch die Oppositionspartei Nippon Ishin no Kai ihre Sitze im Parlament ausbauen. Letztere stellt eine Vereinigung zur Erneuerung Japans dar und steht sowohl einer Stärkung des Selbstverteidigungsvermögens als auch einer Verfassungsrevision offen gegenüber. Umgekehrt haben die liberale Konstitutionell-Demokratische Partei und die Kommunistische Partei, die sich diesen Punkten gegenüber zurückhaltend bzw. ablehnend zeigten, an Sitzen

verloren. Das verleiht den konservativen Parteien mehr Gewicht im Oberhaus und wird sich somit in gewissem Maße auch auf die Außenpolitik auswirken.

In einer gemeinsamen Studie der Asahi Shimbun und eines Forschungsteams unter der Leitung von Masaki Taniguchi sprachen sich 73 % der Mitglieder des japanischen Oberhauses nach den Oberhauswahlen für eine Stärkung der Wehrkraft aus, was eine rasante Zunahme der 47 % aus dem Jahr 2019 darstellt. Auch im Zusammenhang mit der aktuellen Verfassung, die keine Beibehaltung der Selbstverteidigungstreitkräfte vorsieht, ist die Zahl der Mitglieder des Oberhauses, die eine Verfassungsänderung befürworten, auf 62 % angestiegen. Dabei hat sich die Mehrheit der Befragten in Bezug auf den Inhalt der Änderung für eine „Beibehaltung der Selbstverteidigungstreitkräfte“ sowie die Neugründung eines „Notstandsgesetzes“, die in der aktuellen Verfassung nicht ausdrücklich genannt wird, im Rahmen dieser Verfassungsänderung ausgesprochen.

Das japanische Parlament besteht aus einem Zweikammersystem mit Ober- und Unterhaus, wobei Letzteres bei Genehmigungen von Vertragsabschlüssen o. ä. den Vorrang hat. Die Regierung unter Premierminister Kishida (Liberaldemokratische Partei) gewann zudem die Unterhauswahlen im Oktober 2021. So haben auch die konservativen Abgeordneten im Unterhaus, die eine Stärkung der Wehrkraft

und der japanisch-amerikanischen Allianz unterstützen, einen ebenso großen Einfluss wie das Oberhaus.

In den letzten Jahren steigt die Besorgnis der japanischen Öffentlichkeit und Politik in Hinblick auf das sich verschlechternde Sicherheitsumfeld, u. a. durch den Aufstieg des chinesischen Militärs und die Nuklearbewaffnung Nordkoreas. Durch die wachsende Unsicherheit aufgrund der Invasion Russlands wird die politische Stärkung von Wehrkraft und Allianzen zunehmend beschleunigt.

In diesem Zusammenhang beschloss Japan im Dezember 2022, seine Wehrkraft auf das höchste Niveau seit der Nachkriegszeit anzuheben. Darüber hinaus wurde beschlossen, den Verteidigungshaushalt zwischen 2023 und 2027 zu verdoppeln und den Etat von aktuell etwa 1 % des BIP bis 2027 auf etwa 2 % zu erhöhen. Zusätzlich soll den Selbstverteidigungsstreitkräften erstmals eine umfassende „Fähigkeit zum Gegenschlag“ erteilt werden, einschließlich Marschflugraketen mit mittlerer und großer Reichweite.

Infolgedessen wird sich auch die Rollenverteilung in der japanisch-amerikanischen Allianz wandeln. Bisher galten die Selbstverteidigungsstreitkräfte als „Schutzschild“ und überließen die Rolle des offensiven „Speers“ dem US-Militär; von nun an jedoch werden vermutlich auch die Selbstverteidigungsstreitkräfte bis zu einem gewissen Maß selbst angreifen müssen. Meinungsumfragen

der wichtigsten Medien zeigen, dass diese politische Entscheidung von der allgemeinen Mehrheit unterstützt wird. Neben dem russischen Überfall sind auch die zunehmenden Spannungen in der Taiwanstraße ein Zeichen dafür, dass die japanische Sicherheitsperspektive dabei ist, sich zu verändern.

2010 bis 2012: Beginn des Langzeitkonflikts zwischen Japan und China

Bis hierher haben wir gesehen, wie sich Japan um die Stärkung der japanisch-amerikanischen Allianz bemüht hat. Doch diese Entwicklung verlief nicht immer geradlinig. So hat Japan auch einen Rückschlag erlitten, als es kurzzeitig versuchte, einen anderen Weg einzuschlagen. In mancher Hinsicht hat dies große Traumata und Lehren für die japanische Öffentlichkeit und die japanischen Politiker hinterlassen, die zu dem gegenwärtigen Kurs geführt haben. Um näher auf diesen Rückschlag einzugehen, müssen wir einen Blick auf das Japan von 2009 werfen.

Bei den Unterhauswahlen am 30. August ebendieses Jahres hatte die Demokratische Partei in ihrer Rolle als führende Oppositionspartei einen überwältigenden Sieg errungen und der Liberaldemokratischen Partei dadurch die politische Macht entrissen. Es war der erste japanische Regierungswechsel seit ungefähr 15 Jahren gewesen, bei dem der Repräsentant der Demokratischen

Partei, Yukio Hatoyama, das Amt des Premierministers übernahm. Die Demokratische Partei wurde unter anderem von Gewerkschaften unterstützt und vertrat einen liberaleren Standpunkt als die Liberaldemokratische Partei. Daher forderte sie eine Überprüfung des japanisch-amerikanischen Abkommens über militärische Posten, durch welches den in Japan stationierten US-Streitkräften eine Sonderbehandlung gewährt wird, sowie eine Abrüstung der US-Militärbasis in Okinawa, wobei sie sich in ihrem Wahlversprechen auf „enge und gleichberechtigte Beziehungen zwischen Japan und den USA“ beriefen.

Kurz gesagt, zielte der politische Kurs von Hatoyama darauf ab, eine Versöhnung zwischen Japan und China zu fördern und die Abhängigkeit von der japanisch-amerikanischen Allianz zu reduzieren. Diese Sichtweise unterlag der Illusion, dass Japan durch einfache Dialoge gute Beziehungen zu China aufrechterhalten könne, ohne sich großartig auf die Abschreckungskraft des US-Militärs verlassen zu müssen. Ende der 1990er Jahre hatte Hatoyama das Konzept eines „japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags ohne permanente Stationierung“ präsentiert. Dieses Konzept vertrat die Idee, dass Japan mithilfe eines umfassenden Netzwerks zur Raketenabwehr auch ohne ein ständig präsentes US-Militär geschützt wäre. Dieser Kurs, der die Abschreckungskraft des US-Militärs herunterspielte, funktionierte jedoch nicht so wie erwartet und fand daher keine öffentliche Unterstützung.

Ausgelöst durch die Frage der US-Militärbasis in Okinawa kühlten die Beziehungen zwischen Japan und den USA erheblich ab; als es schließlich auch noch zu einem Parteispendenskandal kam, wurde die Regierung unter Premierminister Hatoyama nach etwas mehr als acht Monaten zum Rücktritt gezwungen.

Der darauffolgende Premierminister Naoto Kan, der die verwundeten japanisch-amerikanischen Beziehungen übernahm, sah sich im September 2010 mit einer äußerst ernsten Krise zwischen Japan und China konfrontiert. Auslöser hierfür war der am 7. September erfolgte Zusammenstoß zwischen einem Patrouillenboot der japanischen Küstenwache und einem chinesischen Fischerboot, welches das Patrouillenboot rammte, nachdem es aufgefordert worden war, das Gebiet der Senkaku-Inseln zu verlassen. Der Kapitän wurden daraufhin von der Küstenwache festgenommen.

Die Senkaku-Inseln werden faktisch von Japan regiert, wobei auch die chinesische Seite Anspruch auf das Territorium erhebt, weshalb dieses Gebiet sprichwörtlich Öl ins Feuer der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern schüttete. Die chinesische Seite vertritt vehement die Auffassung, dass die Senkaku-Inseln zu China gehören, wodurch sie ungewöhnlich harte Maßnahmen ergrieff – darunter die Aussetzung von Ministerbesuchen, die Inhaftierung japanischer Staatsangehöriger und einen Ausfuhrstopp seltener

Erden. Darüber hinaus kam es in China unter anderem zu verbreiteten antijapanischen Demonstrationen und Angriffen auf japanische Supermärkte, wodurch die chinesisch-japanischen Beziehungen stark abkühlten.

Auf den ersten Blick scheint diese Krise durch die Senkaku-Frage ausgelöst worden zu sein, doch lag ihre eigentliche Hauptursache in der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Japan. Nachdem China die Risse in der japanisch-amerikanischen Allianz erkannt hatte, die von der Regierung unter Premierminister Hatoyama geschaffen worden waren, nahm sie den Angriff auf das Fischerboot zum Anlass, um mit Japan hart ins Gericht zu gehen und den Druck auf die Senkaku-Inseln zu erhöhen. So veranlasste China, regelmäßig Schiffe im offiziellen Auftrag sowie Fischerboote in die Hoheitsgewässer der Senkaku-Inseln zu entsenden, wo sie sich bis heute aufhalten.

Diese Krise hat das Bild, das die japanische Öffentlichkeit von China besitzt, enorm verschlechtert. Ende Oktober 2010 wurde eine gemeinsame japanisch-chinesische Meinungsumfrage der Yomiuri Shimbun und der chinesischen Wochenzeitschrift „Liao Wang Dong Fang Zhou Kan“ (herausgegeben von der New China News Agency) durchgeführt. Die Frage nach Ländern, von denen sich die japanischen Teilnehmenden bedroht fühlten (Mehrauswahl möglich), beantworteten 81 % der Befragten mit Nordkorea und 79 % mit China. In

Hinblick auf die Frage, welche Länder für Japan wichtig seien, wurde China mit 27 % von den USA mit 60 % deutlich übertroffen. 75 % der Befragten gaben außerdem an, dass der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag dem Frieden und der Stabilität innerhalb der Region zuträglich sei. So lässt sich sagen, dass die wachsenden Spannungen zwischen China und Japan im Zusammenhang mit den Senkaku-Inseln dazu beigetragen haben, die Befürwortung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags zu erhöhen.

Während der Regierungszeit der Demokratischen Partei kam es darüber hinaus zu einer Krise, die den Riss zwischen China und Japan zusätzlich vertiefte. Auslöser hierfür war die am 11. September 2012 verabschiedete Verstaatlichung der Senkaku-Inseln durch das Kabinett Noda, das als Nachfolger von Kabinett Kan regierte. Die japanische Regierung pachtete die Inseln von den damaligen Grundbesitzern und verwaltete sie. Im April desselben Jahres jedoch verkündete der rechtskonservative Gouverneur der Präfektur Tokyo, Shintaro Ishihara, seinen Plan, die Inseln kaufen zu wollen. Das Kabinett Noda befürchtete, dass dies China provozieren könnte, weshalb sie Gouverneur Ishihara zuvorkam und die Inseln verstaatlichte. Doch China reagierte wütend, weshalb es erneut zu heftigen, antijapanischen Demonstrationen im ganzen Land kam, bei denen in japanischem Besitz befindliche Supermärkte und Fabriken in Brand gesetzt wurden. China schickte eine große

Anzahl Schiffe in öffentlichem Auftrag in das Gebiet der Senkaku-Inseln, weshalb sogar die Gefahr eines chinesisch-japanischen Konflikts bestand.

Die japanische Öffentlichkeit wurde daraufhin noch ablehnender und misstrauischer gegenüber China, sodass in einer Meinungsumfrage der Nihon Keizai Shimbun, die Ende September 2012 durchgeführt wurde, 66 % der Befragten angaben, die Verstaatlichung zu begrüßen. In Hinblick auf das wiederholte Eindringen chinesischer Schiffe in öffentlichem Auftrag in das Hoheitsgewässer der Senkaku-Inseln sowie die zunehmenden antijapanischen Demonstrationen in China waren nach der Verstaatlichung inzwischen 56 % der Meinung, dass die japanische Regierung „China gegenüber stark entgegentreten müsse“, während 37 % angaben, dass man sich „auf eine Verbesserung der japanisch-chinesischen Beziehungen fokussieren solle“.

Nach den Unterhauswahlen im Dezember 2012 wurde die Regierung der Demokratischen Partei gestürzt, sodass nach drei Jahren und drei Monaten erneut die Liberaldemokratische Partei an die Macht gelang. Dabei fiel die Demokratische Partei nicht nur in die Opposition, sondern erlitt eine historische Niederlage, die selbst ihre Position als zweitstärkste Partei gefährdete.

Die Rückkehr der liberaldemokratischen Regierung stützte sich auf das wachsende Krisenbewusstsein der japanischen

Öffentlichkeit gegenüber China. Um die Sicherheit Japans zu unterstützen, empfanden es viele als notwendig, dass die konservative Liberaldemokratische Partei erneut an die Macht gelangte. So wuchs die öffentliche Überzeugung, dass die japanisch-amerikanische Allianz wieder aufgebaut und das Machtgleichgewicht zwischen Japan und China wiederhergestellt werden müsse, was zu einer erneuten Regierung der Liberaldemokratischen Partei unter Präsident Shinzo Abe führte. Im Dezember 2012 kehrte schließlich Abe zurück in sein Amt als Premierminister, das als das bisher längste in der Regierung gelten sollte.

2012 bis 2017: Die USA beenden ihre Rolle als „Weltpolizei“

Im Jahr 2013 begann Premierminister Abe mit seiner konservativen Liberaldemokratischen Partei nach Übernahme der Regierung von der progressiven Demokratischen Partei damit, die japanisch-amerikanische Allianz neu zu strukturieren. Zunächst wurden die japanische Küstenwache und die Selbstverteidigungsstreitkräfte gestärkt, um das in Richtung China gekippte Machtgleichgewicht wieder auszubalancieren.

Bei der Aufstellung des Haushalts 2013 erhöhte Premierminister Abe zum ersten Mal seit elf Jahren den Verteidigungshaushalt. Außerdem wurde beschlossen, die Nationale Verteidigungsgrundlage, in der die Ausrüstung und das Personal der

Selbstverteidigungsstreitkräfte festgelegt sind, sowie den mittelfristigen Plan zum Aufbau der Wehrkraft temporär auszusetzen und die Pläne unter Berücksichtigung der militärischen Lage in China und Nordkorea umfassend neu zu gestalten. Während der Amtszeit von Premierminister Abe stieg der Verteidigungshaushalt kontinuierlich an – von 4,6 Billionen Yen (ursprünglicher Etat) im Geschäftsjahr 2012 auf 5,4 Billionen Yen im Geschäftsjahr 2022. Zusammen mit den Mitteln aus dem Nachtragshaushalt beläuft sich der Wehretat Japans somit auf etwa 6 Billionen Yen.

Gleichzeitig begann er mit der Stärkung der japanischen Küstenwache. Das Budget wurde erheblich aufgestockt, um die Sicherheit auf den Senkaku-Inseln durch die Bereitstellung größerer Patrouillenboote, neuer Jets und unbemannter Luftfahrzeuge (Drohnen) zu erhöhen. Die Anzahl der größeren Patrouillenboote der Küstenwache stieg bis zum Herbst 2021 auf 70 Stück an, was ungefähr die Hälfte der chinesischen Boote ausmachte; doch dank der Unterstützung der Regierung unter Premierminister Abe ist das System für eine 24-Stunden-Überwachung der Senkaku-Inseln so gut wie abgeschlossen.

Die japanischen Wähler, die die Misserfolge der vorangegangenen Politik durch die Demokratische Partei Japans miterlebt hatten, unterstützten die Regierung unter Premierminister Abe von Anfang an. Dies zeigte sich vor allem bei den Oberhauswahlen im Juli 2013.

Die Liberaldemokratische Partei und die Komeito, die beide an der Koalitionsregierung beteiligt waren, errangen einen überwältigenden Sieg, nachdem sie sowohl im Unter- als auch im Oberhaus die Mehrheit für sich gewannen.

Das äußere Umfeld Japans gestaltete sich zu dieser Zeit jedoch schwieriger. Die USA waren durch die langwierigen Kriege in Afghanistan und im Irak erschöpft und richteten sich immer stärker nach innen. Vor allem die Tatsache, dass die USA nicht länger die Aufgabe einer „Weltpolizei“ übernehmen würde, besorgte Premierminister Abe zutiefst.

Im Januar 2012 lehnte die Regierung unter Präsident Obama in ihrer neuen Strategie zur Landesverteidigung den „Zweifrontenkrieg“, mit der die Bewältigung zweier großer Konflikte gleichzeitig gewährleistet werden konnte, ab. Darüber hinaus erklärte Präsident Obama im seiner öffentlichen Ansprache zur Syrienfrage im September 2013, dass „die USA keine Weltpolizei“ darstellen würden. Premierminister Abe zeigte sich daraufhin besorgt, dass dies die Zukunft der japanisch-amerikanischen Allianz in Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik, in der man sich bisher auf die USA verlassen hatte, gefährden könnte.

Inmitten dieser Sorgen ereignete sich Anfang 2014 im Südchinesischen Meer ein Ereignis, das Japan erschüttern sollte. China hatte damit begonnen, sieben Riffe im Südchinesischen Meer mit Land aufzuschütteln und militärische

Stützpunkte auf ihnen zu errichten. Im Mai 2015 war die Fläche der militärischen Stützpunkte auf etwa 8 km² angewachsen. Bis heute wurden Start- und Landebahnen für Militärflugzeuge sowie Radaranlagen installiert, sodass es sich de facto um eine chinesische Militärbasis handelt. Nach Schätzungen US-amerikanischer Expertenkommissionen und anderer Organisationen wird etwa ein Viertel der weltweit gehandelten Waren über das Südchinesische Meer transportiert. Ebenso laufen fast alle Erdölimporte, die Japan aus dem Nahen und Mittleren Osten importiert, über das Südchinesische Meer. Die Regierung unter Premierminister Abe hat daher wiederholt ihre Besorgnis über die Errichtung militärischer Stützpunkte vonseiten Chinas zum Ausdruck gebracht. Dieses Thema wurde unter anderem auch auf dem G7-Gipfeltreffen und dem Ostasiengipfel gemeinsam mit den USA und Europa angesprochen.

Die Bedenken Japans wurden durch die Reaktion der USA jedoch nur noch verstärkt. Die Regierung unter Präsident Obama hatte Chinas Vorgehen zwar verbal kritisiert, ergriff jedoch keine Maßnahmen, um die Errichtung der militärischen Stützpunkte zu stoppen. Um China abzuhalten, wurden regelmäßig US-Kriegsschiffe in die 12-Meilen-Zone um die militärischen Stützpunkte Chinas entsandt; als man sich jedoch den Ärger der Chinesen einfing, wurde die Häufigkeit dieser Operationen reduziert. Als ob man diese Reaktion der Regierung unter Präsident Obama erwartet hätte, setzte

das chinesische Militär seine Aufrüstung im Ost- und Südchinesischen Meer fort. Zudem ließ Nordkorea weiterhin Raketen starten, führte Atomwaffentests durch und beschleunigte die Entwicklung von Atomraketen.

In Anbetracht dieser Situation beschloss Premierminister Abe im Juli 2014, die japanische Sicherheitspolitik von Grund auf zu ändern. Zum ersten Mal seit der Nachkriegszeit wurde die Darlegung in Artikel 9 der Verfassung dahingehend abgewandelt, dass Japan sein Recht zur kollektiven Selbstverteidigung geltend machen konnte. Das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung ist das Recht, einen Rückschlag mithilfe von Waffengewalt auch dann durchführen zu dürfen, wenn nicht Japan selbst, sondern seine verbündeten bzw. befreundeten Länder angegriffen werden. Die bisherigen Kabinette hatten an der Verfassungsinterpretation festgehalten, dass Japan zwar das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung besaß, es aber nicht ausüben konnte. Auf Grundlage dieser Interpretation vertrat die japanische Regierung den Standpunkt, dass auch wenn die patrouillierenden US-Kriegsschiffe um Japan herum angegriffen werden würden, Japan selbst nicht an der Seite des US-Militärs kämpfen könne, solange es nicht selbst Ziel der Angriffe wäre.

Um diesen Zustand zu revidieren, wurde die Verfassungsinterpretation von Premierminister Abe durch einen Kabinettsbeschluss im Juli 2014 dahingehend geändert, dass man nun davon

ausging, dass durch den Wandel im sicherheitspolitischen Umfeld Japans auch die Anwendung von Waffengewalt gegenüber Drittländern die Existenz Japans gefährden könnte. So kann Japan, wenn ein anderes Land, zu dem es enge Beziehungen unterhält, angegriffen und dadurch die Existenz Japans bedroht wird, sein Recht zur kollektiven Selbstverteidigung ausüben und zurückslagen. Um diese neue Verfassungsinterpretation bei der Führung der Selbstverteidigungsstreitkräfte zu berücksichtigen, legte die Regierung unter Premierminister Abe dem Parlament im Frühjahr 2015 die entsprechenden Sicherheitsgesetze mit den relevanten Inhalten vor.

Die Entscheidung über die Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung bedeutete eine große Veränderung in der Sicherheitspolitik der Nachkriegszeit und war mit erheblichen innenpolitischen Risiken verbunden. Und erwartungsgemäß wurde die Welt der japanischen Politik dadurch erschüttert. Alle wesentlichen Oppositionsparteien erhoben den Einspruch, dass das Kabinett Abe versuchen würde, das Prinzip der „ausschließlichen Verteidigungspolitik“ zu zerstören und Japan in ein „kriegsbereites Land“ zu verwandeln. Yukio Edano, Generalsekretär der größten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei, nannte dieses Gesetz den „größten Verstoß gegen den Konstitutionalismus seit der Nachkriegszeit“ und warf dem Kabinett Abe im Zuge der Ausarbeitungen dieses Gesetzes vor, den

Verstand verloren zu haben und außer Kontrolle geraten zu sein. Die Debatte über dieses Gesetz im Parlament war umstritten, weshalb die Besprechungsdauer im Ober- und Unterhaus eine ungewöhnlich lange Zeit – nämlich über 100 Stunden – in Anspruch nahm. Dennoch hatte es das Kabinett Abe letztendlich geschafft, sich gegen den Widerstand der Oppositionsparteien durchzusetzen, sodass das Gesetz im September 2015 vom Parlament verabschiedet und in Kraft gesetzt wurde.

Doch auch die japanische Öffentlichkeit, die eine Stärkung der japanisch-amerikanischen Allianz unterstützte, zeigte sich in Hinblick auf die Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung gespalten. Eine große Sorge bestand darin, dass Japan in einen Krieg hineingezogen werden könnte. Während der Parlamentsdebatte über die Entwürfe der Sicherheitsgesetze fanden im ganzen Land groß angelegte Oppositionstreffen und Demonstrationen statt. In einer Meinungsumfrage der Nihon Keizai Shimbun vom September 2015, unmittelbar nach Verabschiedung der Sicherheitsgesetze, sprachen sich 28 % der Befragten für den Gebrauch des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung aus, während 53 % dagegen waren.

Dies führte auch beim Kabinett Abe zu einer rasant schwindenden Unterstützung, die von 50 % im Mai 2015 auf 40 % unmittelbar nach Verabschiedung der Sicherheitsgesetze fiel. Engen Vertrauten des Premierministers zufolge traf dieser

die Entscheidung über die Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung wohl wissentlich, dass er sich damit in der Öffentlichkeit unbeliebt machen würde. Er wurde von dem Krisenbewusstsein getrieben, dass die japanisch-amerikanische Allianz zerstört und das US-Militär sein Engagement in Asien nicht aufrechterhalten könne, wenn die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte im Fall eines Angriffs auf das US-Militär in der Umgebung Japans nur tatenlos zusehen würden.

So erlitt Premierminister Abe durch die öffentliche Meinung über das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung zunächst einen Rückschlag, in dessen Anschluss sich die Unterstützung seiner Person jedoch allmählich wieder erholt. Dies ist unmittelbar auf den Einfluss der Abenomics und anderer Konjunktur- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zurückzuführen. Außerdem war deutlich zu erkennen, dass die Öffentlichkeit inzwischen begriffen hatte, dass die Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung für die Aufrechterhaltung der japanisch-amerikanischen Allianz unerlässlich war. Bei den darauf folgenden Oberhauswahlen im Juli 2016 errang Premierminister Abe gemeinsam mit seinem Koalitionspartner, der Komeito, einen überwältigenden Sieg, und gewann mehr als zwei Drittel der Sitze. Auch die Unterhauswahlen im Oktober 2017 konnte Premierminister Abe für sich entscheiden und auch hier erneut mehr als zwei Drittel der Sitze für sich gewinnen.

In dieser Zeit erzielte das Kabinett Abe einen weiteren großen Erfolg auf innenpolitischer Ebene. Im Dezember 2013 wurde der Nationale Sicherheitsrat (japanischer *National Security Council*, kurz NSC) gegründet, dem der Premierminister und die Schlüsselminister des Kabinetts angehören und der als Kommandozentrale für die Außen- und Sicherheitspolitik dient. Außerdem wurde zur Leitung des NSC im darauffolgenden Januar 2014 das Sekretariat für die nationale Sicherheit (engl. *National Security Secretariat*, kurz NSS) eingerichtet und mit herausragendem Personal aus dem Außen- und Verteidigungsministerium, der Nationalen Polizeibehörde und den Selbstverteidigungsstreitkräften besetzt.

Auf diese Weise erfuhr die politische Entscheidungsfindung Japans eine enorme Verbesserung. Zum einen wurde so die nachteilige vertikale Aufgliederung von Behörden wie dem Außen- und Verteidigungsministerium, der Nationalen Polizeibehörde und den Wirtschaftsbehörden korrigiert. Wenn es in der Vergangenheit zu Krisen oder Vorfällen kam, brauchten die Ministerien viel Zeit für die Koordination, wodurch es zu Verzögerungen bei der politischen Entscheidungsfindung kam; dank der Funktion des NSC und des NSS, die als Kommandozentrale fungieren, kann dieser Prozess nun erheblich reibungsloser stattfinden. Zum anderen haben sie für einen erhöhten Informationsaustausch innerhalb der Regierung gesorgt. Die Nachrichtendienste der

japanischen Regierung sind in folgende Institutionen unterteilt: das Außenministerium, welches diplomatische Informationen sammelt, das Verteidigungsministerium, das Informationen vom Militärattaché und Funknachrichten empfängt, das Kabinetsbüro, das den Aufklärungssatelliten betreibt, sowie die Nationale Polizeibehörde, die für sicherheitsrelevante Informationen zuständig ist. In der Vergangenheit behielten alle Ministerien und Behörden wichtige Informationen für sich, weshalb sie nicht auf angemessene Weise ausgetauscht wurden. Die Gründung des NSS verbesserte diesen Zustand und hält ihn bis heute aufrecht.

2017 bis 2021: Die Regierung unter Präsident Trump und ihr Einfluss auf Japan

Im November 2017 erschütterte ein weiteres Ereignis die japanische Nation. Trump, der keinen Wert auf Allianzen legte, gewann die US-Präsidentschaftswahlen. Bereits während seines Wahlkampfes hatte Trump Kritik an der japanisch-amerikanischen Allianz geäußert. So hielt er es beispielsweise für ungerecht, dass Japan in dem Fall, dass die USA angegriffen werden, nichts unternehmen würde. Darüber hinaus war er in Hinblick auf die in Japan stationierten US-Streitkräfte der Meinung, dass Japan die vollen Stationierungskosten des US-Militärs tragen solle. Kein bisheriger US-Präsident hatte die japanisch-amerikanische Allianz auf solch unverblümte

Weise kritisiert. Im Gegenzug für die Pflicht der USA, Japan zu verteidigen, stellt Japan Stützpunkte für das US-Militär zur Verfügung und trägt einen nicht unbeträchtlichen Teil der Stationierungskosten. So war man sich auf amerikanischer Seite bisher immer einig gewesen, dass die Aufrechterhaltung der Allianz trotz gewissen Unzufriedenheiten letztendlich mehr Vorteile bot.

Die japanische Öffentlichkeit zeigte sich durch diese jüngste Entwicklung stark beunruhigt. In einer Meinungsumfrage der Yomiuri Shimbun nach dem Amtsantritt Präsident Trumps Ende Januar 2017 zeigten sich 70 % der Befragten „besorgt“ über die zukünftigen japanisch-amerikanischen Beziehungen. Lediglich 4 % gaben an, „eher hoffnungsvoll“ zu sein. Zusätzlich zeigte sich eine große Unterstützung der japanisch-amerikanischen Allianz, indem 60 % der Befragten sich für eine „Aufrechterhaltung“ der Allianz aussprachen und nur 34 % eine „Revision“ für angemessen hielten.

Diese Befürchtungen durchzogen nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch das Kabinett Abe und die japanische Regierung. Premierminister Abe war sich der Dringlichkeit bewusst, dass die japanisch-amerikanische Allianz tatsächlich zerbrechen könnte, wenn man sich Präsident Trump gegenüber falsch verhielt. Während der Amtszeit von Präsident Trump rief Premierminister Abe ganze 14 Treffen ein. Nach Angaben japanischer Regierungsbeamter beschwerte sich Trump bei

fast jedem Treffen über die japanisch-amerikanische Allianz und bezeichnete sie als „ungerecht“.

Die Beschwerden von Präsident Trump ließen sich dabei in zwei Hauptkategorien einteilen: Ein Vorwurf lautete, dass Japan seiner Verantwortung zur Verteidigung seines eigenen Landes nicht nachkäme und stattdessen das US-Militär ausnutzen würde. Als Trump während eines Treffens hartnäckig auf diesen Punkt hinwies, bestritt Premierminister Abe diese Aussage vehement und berief sich darauf, dass er sicherheitsrelevante Gesetze verabschiedet habe (die es Japan erlauben, das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung auszuüben), obwohl die Unterstützung seiner Person dadurch erheblich gesunken war.

Ein zweiter Vorwurf Präsident Trumps bezog sich auf die wirtschaftlichen Kosten der japanisch-amerikanischen Allianz. Japan sollte nicht nur die gesamten Kosten für die in Japan stationierten US-Streitkräfte tragen; zudem forderte er die vollständige Übernahme der Kosten für die im asiatisch-pazifischen Raum stationierten Streitkräfte des US-Militärs durch Japan und andere Länder. Auf dem Höhepunkt der Nordkorea-Krise 2017 äußerte Präsident Trump gegenüber Premierminister Abe, dass es sehr viel Geld kosten würde, drei Flugzeugträger (in das Gebiet der koreanischen Halbinsel) zu entsenden. Er forderte ihn außerdem eindringlich dazu auf, dass Japan sich mehr kümmern solle.

Premierminister Abe verstand, dass Präsident Trumps Ideen nicht gänzlich abwegig waren, sondern mehr oder weniger einen Teil der öffentlichen Meinung der USA widerspiegeln. In einer im November 2019 von der Eurasia Group veröffentlichten US-Meinungs-Umfrage sprachen sich nunmehr 57,6 % der Befragten dafür aus, die in Asien stationierten US-Truppen zu reduzieren.

Nach Angaben mehrerer Beamter aus der Regierung und der Liberaldemokratischen Partei hatte sich Premierminister Abe in einer internen Sitzung wie folgt zum Krisenbewusstsein im Zusammenhang mit der japanisch-amerikanischen Allianz geäußert:

- Die Nuklearbewaffnung Nordkoreas und die Aufrüstung des chinesischen Militärs hätten die Kosten und das Risiko der USA für die Verteidigung Japans erheblich erhöht.
- Die Abschreckungskraft der japanisch-amerikanischen Allianz wird untergraben, wenn Japan sich nicht stärker an diesen erhöhten Kosten und Risiken beteiligt.
- Wenn Japan sich nicht um die Stärkung seiner Wehrkraft bemüht, werden die US-Wähler irgendwann nicht länger davon überzeugt sein, Japan verteidigen zu müssen.

Ausgehend von diesem Krisenbewusstsein begann die Regierung unter

Premierminister Abe damit, die japanisch-amerikanische Allianz zu stärken und die Zusammenarbeit mit anderen befreundeten Ländern auszubauen. Im August 2016 wurde die Strategie für einen „Freien und Offenen Indopazifik (FOIP)“ vorgestellt. Das Konzept besteht darin, mit denjenigen Ländern zusammenzuarbeiten, die in der Region des Pazifischen und Indischen Ozeans dieselbe Rechtsstaatlichkeit und dieselben Wertvorstellungen teilen. Durch die zusätzliche Kooperation mit anderen gleichgesinnten und befreundeten Ländern als den USA soll ein flächiges Sicherheitsnetzwerk gespannt werden, um die lineare japanisch-amerikanische Allianz zu ergänzen.

So bat Premierminister Abe auch Australien, Indien und alle anderen südostasiatischen Länder um ihre Unterstützung. Insbesondere durch die Einrichtung des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs (QUAD), bestehend aus Japan, USA, Australien und Indien, wurde die Zusammenarbeit weiter vertieft. Im Juli 2017 besuchte Premierminister Abe zudem das Hauptquartier der Nordatlantikpakt-Organisation (engl. *North Atlantic Treaty Organization*, kurz NATO) in Brüssel und lud Europa ein, sich der indopazifischen Strategie anzuschließen. Daraufhin starteten unter anderem auch Frankreich und die EU ihre eigene indopazifische Strategie, wodurch FOIP zu einem strategischen Schlüsselbegriff unter den führenden Ländern wurde.

Diese proaktive Außen- und Sicherheitspolitik wies für Premierminister Abe auch einen innenpolitischen Nutzen auf. Seine Regierung führte die Liberal-demokratische Partei sowohl bei den Unterhauswahlen 2017 als auch bei den Oberhauswahlen 2019 zum Sieg, sodass sie bis September 2020 mehr als siebeneinhalb Jahre in der Regierungsverantwortung war. Die erste Amtszeit von Premierminister Abe belief sich von 2006 bis 2007, während die zweite Amtszeit von 2012 bis 2020 andauerte. So betrug sie mit insgesamt 3.188 Tagen die längste bisherige Amtszeit seit Einführung der Verfassung, während seine zweite Amtszeit mit 2.822 ununterbrochenen Tagen die längste aufeinanderfolgende Amtszeit in der Geschichte darstellt.

Zum Abschluss

Bisher haben wir die Außen- und Sicherheitspolitik Japans untersucht und ihr Verhältnis zur Innenpolitik beleuchtet. Wie eingangs erwähnt, befindet sich Japan in einer geopolitisch verwundbaren Lage, in der es von China, Russland und Nordkorea umgeben ist und über keinerlei Ressourcen verfügt. So wird Japan dazu gezwungen, seine Außenpolitik an das sich verändernde äußere Umfeld anzupassen. Betrachtet man die Entwicklung von der Regierung unter Premierminister Hatoyama bis zur Regierung unter Premierminister Kishida, so tritt dieses charakteristische Merkmal wieder einmal deutlich hervor.

Auch die japanischen Wähler haben ein instinktives Verständnis für die geopolitische Verwundbarkeit Japans. Daher bestand die Tendenz vor allem in den letzten Jahren darin, statt einer radikalen Außen- und Sicherheitspolitik vielmehr einen solchen Kurs zu verfolgen, der sich zuverlässig an externe Veränderungen anpasst.

Die Regierung unter Premierminister Hatoyama scheiterte, weil sie sich von ebendiesen Bedürfnissen der Wähler entfernte, während die Regierung unter Premierminister Abe große Erfolge erzielte. Was die beiden Regierungen voneinander unterscheidet, ist das Vorhandensein von Realismus in Bezug auf das internationale Umfeld und die Staatsmacht Japans. Premierminister Hatoyama war der Meinung gewesen, dass Japan neben China durch Dialoge und Zusammenarbeit koexistieren könne, wenn es seine Abhängigkeit von den USA auf außen- und sicherheitspolitischer Ebene verringern würde. Grundlage hierfür waren liberale Ideen, die in der Realität jedoch nicht funktioniert haben.

Premierminister Abe verfolgte stattdessen eine Politik des gründlichen Realismus. Er verstand und handelte danach, dass Japan neben China nur dann koexistieren kann, wenn die japanisch-amerikanische Allianz zur Stabilisierung des Machtgleichgewichts gestärkt wird. Er priorisierte das Bündnis mit den USA und stellte dabei seine eigenen, rechtsgerichteten politischen Überzeugungen

und historischen Ansichten in den Hintergrund. Er nahm nicht nur Rückblick auf die benachbarten Länder, sondern auch auf die USA und Europa, indem er dem Yasukuni-Schrein, in dem unter anderem auch schwere, in den Tokioter Prozessen verurteilte Kriegsverbrecher verehrt werden, letztendlich nur einen einzigen Besuch abstattete. Im August 2015, dem 70. Jahrestag des Kriegsendes, brachte er „schmerzhliche Reue und eine aufrichtige Entschuldigung“ für Japans Verhalten während des Zweiten Weltkriegs zum Ausdruck.

Die japanischen Wähler haben diese auf Realismus ausgerichtete Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik unter Premierminister Abe unterstützt und auch Premierminister Kishida, der während der Regierung unter Premierminister Abe lange Zeit als Außenminister fungierte, setzt dessen Kurs fort. So dürfte sich die Meinung der japanischen Öffentlichkeit angesichts des schwierigen Umfelds nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, der Aufrüstung des chinesischen Militärs sowie der Nuklearbewaffnung Nordkoreas auch in Zukunft nicht ändern.

Literaturangaben

Richard J. Samuels (2007), *Securing Japan: Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia*, Ithaca, NY and London: Cornell University Press

Richard J. Samuels (2003), *Machiavelli's Children: Leaders and Their Legacies in Italy and Japan*, Ithaca, NY and London: Cornell University Press

Giulio Puglies and Aurelio Insisa (2016), *Sino-Japanese Power Politics: Might, Money and Minds*, London: Palgrave Macmillan

Sheila A. Smith (2019), *Japan Rearmed: The Politics of Military Power*, Cambridge, MA: Harvard University Press

Hiroyuki AKITA



Hiroyuki Akita ist Kolumnist bei Nikkei (Nihon Keizai Shimbun). Er schreibt regelmäßig Kommentare und Kolumnen, die sich hauptsächlich mit außen- und sicherheitspolitischen Themen auseinandersetzen. Er begann 1987 bei Nikkei und arbeitete in der Abteilung für politische Nachrichten (1998-2002), wo er über die japanische Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Innenpolitik berichtete. Er war Senior & Editorial Staff Writer (2009-2017), und er arbeitete auch im „Leader Writing Team“ der Financial Times in London (Oktober bis Dezember 2017).

Er war Korrespondent für Peking (1994-1998) und Chefkorrespondent für Washington (2002-2006). In Peking berichtete er über wichtige Ereignisse wie den Tod von Deng Xiaoping und die Übergabe Hongkongs an China. In Washington DC berichtete er über das Weiße Haus, das Pentagon und das Außenministerium während der Bush-Regierung.

Er machte 1987 seinen Abschluss am Jiyu Gakuen College und an der Boston University (M.A.). Von 2006 bis 2007 war er Mitarbeiter des US-Japan-Programms an der Harvard University, in dem er über die Beziehungen zwischen den USA, China und Japan forschte. Im März 2019 wurde er mit dem Vaughn-Ueda International Journalist Award ausgezeichnet, einem Preis für herausragende Berichterstattung über internationale Angelegenheiten. Er ist Autor von zwei auf Japanisch veröffentlichten Publikationen, *Anryu: Power Game of US-China-Japan* (2008), *Ranryu: Strategic Competition of US-Japan and China* (2016).